

Der englisch-russische Streitfall

Die britische Regierung richtete an die Sowjetregierung eine Note wegen der Finanzkassen-Unterstützung, die während des Generalstreiks dem Gewerkschaftsbund angeboten worden sei.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt dazu: Es veranlaßt, daß die Note nicht den Charakter eines Ultimatums, sondern lediglich den Charakter einer vorbereiteten Note trage, die kurz in gemäßigtem Tone die Aufmerksamkeit der Sowjetregierung auf die Bedeutung der Angelegenheit lenke.

Wie die Morgenblätter aus London melden, hat der Geschäftsträger der sowjetrussischen Botschaft in London an den Daily Telegraph einen offenen Brief geschickt, in dem er auf die Erklärungen des Innenministers im Unterhaus Bezug nimmt und kategorisch erklärt, daß von Seiten der sowjetrussischen Regierung zu keiner Zeit irgend welches Geld zu englischen Streitfonds beigetragen worden sei.

Eine Erklärung der Windthorstbünde

Von der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Windthorstbünde wird uns mitgeteilt:

Durch die Presse geht die Meldung, daß von einem „Reichsausschuß der katholischen Jugend zum Schutze des 7. Grades gegen die „Führer“ ein Aufruf erlassen worden sei mit der Aufforderung, am 20. Juni mit Ja zu stimmen; dieser Aufruf sei auch von Delegierten der Windthorstbünde unterzeichnet worden.

1. Ein derartiger Aufruf, zustande gekommen durch das Vorgehen von Einzelpersonen aus verschiedenen Jugendbünden ist in der Tat in diesen Tagen in Berlin erschienen. Ihm haben sich auch einige Windthorstbünde angeschlossen.

2. Windthorstbünde-Ortsgruppen haben sich diesem Vorgehen nicht angeschlossen. Unter dem Aufruf verzeichnete Windthorstbünde-Ortsgruppen sind also unrichtig als Mitglieder unter dem Aufruf geführt worden.

Die Erwartung des Reichsparteivorstandes, daß die Zentrumsgliederungen am 20. Juni dem Volksentscheid nicht zustimmen, wie es in seinem Beschlusse vom 19. Mai festgelegt ist, gilt selbstverständlich auch für den Reichsverband der Deutschen Windthorstbünde.

Kurze Nachrichten

Kardinal Faulhaber nicht in Newyork

Newyork, 12. Juni. Nach neueren Feststellungen befindet sich der Kardinal Dr. Faulhaber nicht unter den Kardinalen, die gestern in Newyork eintrafen, um am eucharistischen Kongreß in Chicago teilzunehmen.

Ein prähistorischer Fund

London, 12. Juni. Bei Ausgrabungen in Gibraltar fand man das Stirnbein und andere Teile eines menschlichen Schädels, der den gleichem Alter sein soll, wie der berühmte Gibraltar Schädel, der in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts gefunden wurde. Der neu entdeckte Schädel besitzt nach vorsichtiger Schätzung ein Alter von 50 000 Jahren.

Ein Schnellzug in einen Fluß gestürzt

Berlin, 12. Juni. Die Morgenblätter melden aus Sidney (Australien): In der Nähe von Aberdeen ist infolge des Zusammenbruchs einer Brücke ein Schnellzug in einen Fluß gestürzt. Fünf Personen wurden getötet, 24 schwer und 41 leicht verletzt.

60-Millionen-Kredit für die Landwirtschaft

Berlin, 12. Juni. Im Reichstag wurde gestern der Gesetzentwurf zur Gewährung von 60 Millionen Darlehen aus Mitteln der Reichsgetreidestelle zur Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Befälligung der Todesurteile in der Mordsache Wölkel

Leipzig, 12. Juni. Vor dem ersten Strafsenat des Reichsgerichts fand gestern die grausame Mordtat an dem Polizeiwachmeister Wölkel aus Leipzig, die seinerzeit überall großes Aufsehen erregte, ein Nachspiel. Bekanntlich wurde am 28. Oktober v. J. der Polizeiwachmeister Wölkel von seiner Ehefrau, mit der er in Scheidung lebte, gemeinsam mit deren Bruder, dem Ermittlungsbeamten bei der Staatsanwaltschaft Lohz in Polen Witzl, auf heimliche Weise ermordet. Frau Wölkel hatte einzelne Teile des Körpers vom Kumpfe abgetrennt und in einen Kessel mit kochendem Wasser geworfen. Vom Schwurgericht Leipzig wurden beide Angeklagte am 2. März d. J. unter Verurteilung der bürgerlichen Ehrenrechte zum Tode verurteilt. Wegen dieses Urteils hatten sie Berufung eingelegt. In einem längeren Plädoyer wies der Vertreter der Rechtsanwaltschaft nochmals auf die abnorme Schaulichkeit der Tat hin und beantragte Verwerfung der Revision. Nach längerer Beratung wurde diesem Antrage entsprechend die Verurteilung verworfen und damit die beiden Todesurteile bestätigt.

Aubes Immunität aufgehoben

Berlin, 12. Juni. Im Reichstag wurde gestern der Antrag auf Aufhebung der Immunität des württembergischen Abgeordneten Kube gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Interpellation zur Hauszinssteuer

Berlin, 12. Juni. Im Reichstag ist eine deutschnationale Interpellation eingegangen, die auf die Hebung der Hauszinssteuer hinweist und eine sofortige Neuregelung des Finanzgesetzes mit den Ländern fordert.

Verlagung des Reichstags auf den 21. Juni

Berlin, 12. Juni. Der Reichstag verlagte sich heute die zum 21. Juni. Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung stehen die Handelsverträge mit Schweden und Dänemark.

Die vierteljährliche Gehaltzahlung

Berlin, 12. Juni. Im Reichstag wurde gestern eine Entscheidung angenommen, die die Wiedereinführung der vierteljährlichen Gehaltzahlungen für Beamte vom 1. April 1927 ab empfiehlt.

Weiterbericht der Dresdner Weiterwärts

Witterungsausichten: Wechselnd bewölkt, nur zeitweise aufhellend. Der Wind weht aus südwestlicher Richtung. Temperatur: mäßig warm. Mäßige, höhere Lagen lebhaft windig, vorwiegend aus südlicher Richtung. Abnormer Witterungscharakter der letzten Tage.

Blutige Demonstrationen in Prag

Zumulte im Abgeordnetenhause

Prag, 12. Juni.

Gestern abend veranstalteten die sozialistischen Parteien zusammen mit den Kommunisten große Protestversammlungen gegen die Zollgesetz. Die Polizei, die die umliegenden Straßen abgesperrt hatte, mußte die Menge mit Gewalt in die Seitenstraßen abdrängen. Beim Stadtmarkt kam es zu einem Angriff auf die Polizei. 13 Polizisten wurden zum Teil schwer verletzt. Die Polizei verteidigte sich mit dem Gummiknüppel und verwundete zahlreiche Demonstranten. Im Kampfgewühl kamen auch viele Schaulinder zu Schaden. Beim Säubern des Stadtmarktes, wo sich die Arbeiter hinter Bäumen und Sträuchern zu decken suchten, wurden starke Schüsse abgegeben. Die Zahl der Verhafteten beläuft sich auf mehrere hundert. Die Stimmung in den Straßen Prags ist bis zur Stunde noch äußerst erregt und man bejuchet neue Demonstrationen.

Prag, 12. Juni. (Drahtbericht.)

Die gestern vom Abgeordnetenhause um 9 Uhr früh begonnene Debatte über die Zollanträge fand heute früh 4 Uhr ihren Abschluß. Als der Berichterstatter des Landwirtschaftlichen Ausschusses nach einer Pause von 10 Minuten die Rednertribüne bestieg, erhoben die kommunistischen Abgeordneten einen ungeheuren Lärm. Der Versuch mehrerer kommunistischer Abgeordneter, zur Rednertribüne vorzudringen und dem Berichterstatter das Schlusswort unmöglich zu machen, wurde von der Parlamentswache verhindert. Zwischen den Ministerbänken und den Kommunisten kam es zu scharfen Zusammenstößen. Die Worte des Berichterstatters gingen in dem ungeheuren Lärm unter. In der sechsten Vormittagsstunde beantragten die Kommunisten, daß der Minister erscheinen solle, um Aufklärung über die gestrigen Vorgänge bei den Prager kommunistischen Demonstrationen zu geben. Sozialistische Abgeordnete verlangten die Demission der Regierung, währenddessen sich der Lärm zeitweise wieder legte. Um 6 Uhr 15 Minuten bestimmte das Plenum, Glockenläuten und Publikumsverbot auf das Glockengeläute eines kommunistischen Abgeordneten hin. Um 6 Uhr 15 Minuten mußte der Präsident die Sitzung schließen und eine neue auf

6 Uhr 35 Minuten anberaumen. Kurzzeit, um 11 Uhr vormittags, ist die Sitzung aber noch nicht wieder aufgenommen.

Die Note Brasiliens

Niemand kann den Wert der Zusammenarbeit mit Deutschland besser beurteilen als Brasilien

Genf, 12. Juni

Das Völkerbundsekretariat veröffentlicht den Wortlaut der Note der brasilianischen Regierung, die Mello Franco zum Schluß seiner Erklärungen dem Generalsekretär des Völkerbundes übergeben hat. Es heißt da unter anderem:

Nach Locarno sei die Notwendigkeit der Verneuerung des ständigen Rates berart offensichtlich gewesen, daß es unbegreiflich sei, aus welchem Grunde in Locarno nur über die Einräumung eines ständigen Rates an Deutschland die Rede gewesen sei. Die Wahl Deutschlands zum ständigen Ratsmitglied bedürfe jedoch eines Beschlusses aller Ratsmitglieder. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund werde zweifellos von der ganzen Welt gewünscht. Deutschland müsse im Völkerbund den Platz bekommen, der ihm seiner Bedeutung nach zustehe. Niemand den Wert und die Bedeutung einer Zusammenarbeit mit Deutschland beurteilen könne. Brasilien habe damals seine Sympathie für Deutschland auch offen ausgesprochen. Es sei im März nach Genf gekommen in der Absicht, an dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, sowie an der gleichzeitigen Zuteilung eines ständigen Rates an Deutschland, Spanien und Brasilien mitzuwirken. Die französische Regierung habe damals offen die Verneuerung der brasilianischen Wünsche anerkannt, und auch der Vertreter Englands habe keine Einwendungen erhoben. Allgemeine Ueberraschung habe dann das schwedische Veto gegen jede Erweiterung des Rates über die Erzielung eines Sieges an Deutschland hinaus ausgelöst. Brasilien habe mit gutem Rechte seine Stellungnahme dementsprechend einrichten müssen. Die neuerliche Haltung Brasiliens und sein Verzicht auf den Rest des Ausschließlichen vom Deutschen diktiert, den unabweislichen Charakter des Völkerbundes zu erhalten. Brasilien müsse die Verantwortung für die einseitige Entscheidung des Völkerbundes den Großmächten überlassen. Es werde selbstverständlich den Idealen des Völkerbundes treu bleiben.

Die gemogelten Steuern

Und wie das Reich sie wiederbekam

Entsprechend einem bei den letzten großen Steuerdebatten im Reichstag eingebrachten Antrag hat das Reichsfinanzministerium dem Reichstag nunmehr eine Darstellung der während des Rechnungsjahres 1925 im Reiche vorgenommenen Buchprüfungen und ihrer Ergebnisse übermittelt. Bekanntlich besteht innerhalb des Reichsfinanzministeriums ein eigener Buch- und Betriebsprüfungsamt, der die Aufgabe hat, die steuerlichen Verhältnisse der Unternehmungen und auch größerer privater Einkommensbezieher zu untersuchen, falls sich steuerliche Hinterziehungen ergeben, diese festzustellen, wobei die Reichsfinanzverwaltung mehr Steuern und Geldstrafen festsetzen kann. Im ganzen sind im Jahre 1925 nach dieser amtlichen Aufstellung nicht weniger als achtundzwanzig Millionen Mark an Mehrsteuern festgesetzt worden, diese rund einhundert Millionen sind also dem Reiche zu hinterziehen versucht worden. Die Geldstrafen auf diese Summe machten siebenhundert Millionen Mark aus, die dem Reiche zufließen. An Landes-, Kirchen-, Steuern usw. sind nahezu zwei Millionen Mark mehr durch diese Prüfungen erzielt worden.

Es ist interessant, die einzelnen Landesfinanzämter im Hinblick auf die in den betreffenden Bezirken genommenen Steuerermehrungen auf Grund der Prüfungen zu untersuchen. Obenan steht das Landesfinanzamt Berlin, das allerdings ja auch im Verhältnis der Steuerzahler den zahlenmäßig und finanziell größten Personenkreis umfaßt. Im Landesfinanzamt Berlin wurden 8770 Fälle festgestellt, mit 24 Millionen mehr an Einkommen- und Körperschaftsteuer und fünf Millionen mehr an Umsatzsteuer und 3,6 Millionen an Vermögenssteuer und 1,4 Millionen mehr an sonstigen Reichsteuern. Das sind schon etwa 34 Millionen mehr an Steuern und etwa 650 000 Mark an Strafen.

Weiter stellen sich die Ziffern für die einzelnen Finanzämter in der Gesamtheit wie folgt:

Landesfinanzamt	Zahl der Fälle	Besamtsumme der festgesetzten Mehrsteuern	Besamtsumme der festgesetzten Geldstrafen
Brandenburg	4579	2 774 195	327 038
Breslau	3394	2 771 429	328 126
Kassel	2364	1 053 556	185 000
Darmstadt	3913	541 469	73 625
Dresden	3950	2 038 140	878 782
Düsseldorf	3750	6 683 995	227 761
Hannover	10 838	4 620 330	886 535

Landesfinanzamt	1920	1921	1922
Karlsruhe	1960	4 947 368	100 459
Köln	2715	5 464 166	113 434
Königsberg	1500	620 681	49 335
Leipzig	2086	2 363 586	847 714
Magdeburg	3442	2 266 746	357 454
Medienburg-Lübbecke	2056	887 798	223 401
München	2781	2 652 648	473 289
Münster	5158	5 796 301	678 893
Nürnberg	1385	2 139 483	65 222
Oberpfalz	1528	960 794	123 151
Ostpreußen	586	440 059	14 880
Schleswig-Holstein	3062	1 543 742	149 705
Stettin	2426	1 580 786	239 477
Stuttgart	2854	1 821 629	825 061
Thüringen	2025	1 617 145	98 445
Unterelbe	1825	2 047 623	248 652
Unterweser	244	1 428 916	7 839
Württemberg	1125	1 342 960	87 822

Steuerländer gibt es also überall, und kein Landesteil hat Veranlassung, sich über die Steuermoral anderer aufzuhalten. Weiter kann man aber auch ein recht respektables Ergebnis von annähernd 100 Millionen Mark an Mehrsteuern für das Reich feststellen, so daß der Buchprüfungsamt sich durchaus rentiert. Der Reichstag hat ja schon bei den letzten Steuerdebatten gefordert, daß dieser Dienst noch weiter ausgedehnt und ausgebaut wird. Auch sollen die Buchprüfer selber in eine festere amtliche Verbindung zu der Reichsverwaltung gebracht werden.

Ueber die Arbeiten des Untersuchungs-Ausschusses für die Kriegskosten liegt nunmehr ein Bericht dem Reichstag vor, der den Wert dieser Arbeiten betont. Es geht danach um die Frage ob der Krieg durch deutsche Eroberungsgelüste verlängert wurde. Das innerpolitische Bedürfnis nach Beantwortung der Frage der Friedensmöglichkeit ist absolut unbefriedigt. Der größte Wert dieser Untersuchungen und Bemerkungen liegt darin, daß Zeitgenossen des Weltkrieges, die in führenden Stellen tätig waren, vor dem Ausschuss unter höchster Verantwortung ihre Erinnerungen festlegen und während des Krieges eingenommenen Standpunkt begründen. Der Berichterstatter, der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, Dr. Schützling, glaubt die bestimmte Erwartung aussprechen zu können, daß demnächst der ganze Deutsche Reichstag ohne Unterschied der Parteien mit Stolz auf die Arbeit blicken wird, die hier geleistet wurde.

Die Festlichkeiten des Franziskusjubiläums

Von den Festlichkeiten, die aus Anlaß des 700jährigen Todesjahres des Heiligen von Assisi stattfinden sollen, ist bisher folgendes bekannt geworden: Die geistlichen Zeremonien beginnen, wie schon berichtet, in der Mitternacht des 31. Juli auf dem 1. August pontificaliter in der Kathedrale von Assisi und in der Kirche des Heiligen Rufinus. Daran schließt eine große Prozession durch die festlich beleuchtete Stadt zur Franziskusbasilika, wo am 1. August die Sakramentsanbetung abends mit einer großen feierlichen Feier schließt. Eine Volkprozession wird zur Erinnerung an die alte Zeremonie der Abhageröffnung von der Franziskusbasilika nach Porziuncula ziehen, woran Vertreter geistlicher und weltlicher Behörden teilnehmen werden.

Von staatlicher Seite sollen der König und die Regierungsmitglieder am 30. Juli, welcher Tag dem Namen und dem Ruhme des Heiligen Franziskus geweiht sein wird, in Assisi und auf dem Berge Serra anwesend sein und die neue Straße und die Franziskaner-Wilderkamp einweihen. Die ersten Massenpilgerzüge treffen am 1. August ein. Am 1. August, der dem unbekanntem Soldaten geweiht sein wird, findet in Assisi ein Kongreß unter dem Herzog von Velletri statt. Am 5. September, der dem Nativtag des Heiligen Franziskus geweiht ist, wird in Assisi von den Vertretern aller Pöpstlichen Bünde aus Toskana empfangen und von dem

Franziskanerorden bewirtet werden. Am 8. September trifft der Gouverneur und der Bischof von Rom mit dem Banner der Hauptstadt in Assisi ein, am 17. September brennen die Höhenfeuer.

Das gesamte staatliche Festprogramm besteht aus 20 Feierlichkeiten. Am Todesjahr des Heiligen Franziskus, dem 4. Oktober, werden die silbernen Reliquien der Stadt Florenz nach Sonnenuntergang den Tod des Heiligen in alle vier Weltgegenden verfrachten, während die Glocken aller Ortschaften zum We Maria läuten werden. Von Florenz ist die Anwesenheit ausgegangen, den Heiligen Franziskus von Assisi zum Landespatron von Italien zu erheben, was in allen Kreisen und auch bei den Ordensbrüderchaft in Assisi lebhaften Beifall gefunden hat.

Für

Frarsame
Quieta
als Kaffee!